

Die „Arbeiter“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei voller Zahlung im Voraus für Groß-Berlin 4,80 M., bei sonstigem Postbezugs monatlich 5,15 M., bei Zahlung unter Strichband für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Brief 15.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Druckerei: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate folgen die allgemeine Tarifbestimmung, deren Name einsehl. Tarifbestimmung 1.2.3. M., bei festgesetzter Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 25 Pf., Samstags- und Organisationsanzeigen bei abgesetzter Tarifbestimmung 2.40 M., bei festgesetzter Wort 25 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf., Anzeigen für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Druckerei: Amt Norden 2895-96, 9748

# STREIF

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Der französische Eisenbahnerstreik.

## Korruption.

Der rechtssozialistische Abgeordnete Keil hat am Sonnabend in der Nationalversammlung feststellen zu sollen geglaubt, daß seine Partei die einzige ist, die durch den Erzbergerprozeß nicht berührt werde. Diese Behauptung, die von dem Bestreben zeugt, sich rechtlos in Sicherheit zu bringen, läßt sich schwerlich aufrecht erhalten, denn schließlich ist Herr Erzberger die hervorragendste Figur des Kabinetts, in dem die Genossen des Herrn Keil am stärksten vertreten sind, ja man kann sogar sagen, daß er ihm eigentlich seinen Stempel aufdrückt. Er übertrug, was wir sonst auch von ihm denken mögen, infolge seiner Initiative und dank dem Umstande, daß er überhaupt Ideen besitzt, seine Kollegen, die sich durchwegs bedenklich unter dem Mittelmaß halten, um Hauptkämpfe, und deshalb werden die Bemühungen der Sozialdemokratie ihre Uninteressiertheit an ihrem Geschick glaubhaft zu machen, keinen Erfolg haben. Diese Partei wird sich nur den Vorwurf der Undankbarkeit erheben.

Inzwischen ist die Entscheidung über das Los des Erzbergerlasten noch immer in der Schwebe. Die Vorstände der Zentrumspartei des Reiches und der Zentrumspartei der Nationalversammlung sind, wie man jetzt erfährt, am Freitag nach eingehender Erörterung des Falles zu dem Ergebnis gelangt, daß ein endgültiger Entschluß noch auszuweichen sei. Es sollen die tatsächlichen Feststellungen des Urteils im Prozeß und die Resultate der Untersuchungen vor der Steuerbehörde abgewartet werden. Dieser Standpunkt hat sich der Ausschuh der Mehrheitspartei angeschlossen, und so bleibt es also einstweilen bei der vorläufigen Einbindung vom Amte. Ob sie aufgehoben werden soll, wenn die Steueruntersuchung Erzberger entlasten würde, oder ob man an ihr bis zur Beendigung des Verfahrens gegen Seltsamkeit festhalten will, ist nicht gesagt. Wir müssen abwarten.

Allerdings ist die Frage von nebensächlicher Bedeutung. Denn daß die Ministers Tage geschäftig sind, läßt sich nicht mehr bezweifeln, und es kommt wenig darauf an, welche Form man für seine Verabschiedung wählen wird. Von den Regierungsparteien sind es besonders die Demokraten, die die Hand am Strick halten, um dem Kranken das Sterbegeldlein zu läuten. Für sie ist er erledigt, und neuerdings versichert wieder ihr Hauptgeschäftsführer im „Berliner Tageblatt“, daß in Wirklichkeit der Fall Erzberger schon entschieden sei, und daß es daher wenig Zweck habe, durch parteiöffentliche Grundgebungen noch besonders zu betonen, daß Erzberger nicht länger Minister bleiben könnte. Die Rüstungen zum Leichenbegängnis werden also ihren Fortgang nehmen, und sowohl für die Freunde wie für die Gegner des Sterbenden wird der Tod nicht unvorhergesehen kommen.

Wir gehören, das brauchen wir kaum noch einmal zu betonen, weder zu den einen noch zu den anderen. Wir sind an der Affäre wirklich gänzlich unbeteiligt. Wir haben mit den trauernden Hinterbliebenen nichts zu tun und nichts mit denen, die sich beim Sturz dieses Mannes lachend die Hände reiben. Wir stehen über den Dingen, sind in der Lage, den Fall ganz losgelöst von allen Rücksichten auf parteipolitische Vorteile und Nachteile zu betrachten, und deshalb dürfen wir, ohne daß uns irgend jemand der Vereinnahmung für Herrn Erzberger und das von ihm vertretene System zeihen könnte, mit allem Nachdruck die Beweise der sich als Reiter des Staates und der Moral überhebenden deutschnationalen Seltsamkeit-Clique brandmarken. Einen neuen Anlaß dazu bietet eine Stelle in dem „Kreuzzeitung“. Die Periode Erzberger“ heißt es da im Frühjahr 1917 beginnt und nun vielleicht ihr Ende findet, ist und bleibt das Kennzeichen für die Einführung des demokratischen Parlamentarismus in Deutschland und seiner ersten Wirksamkeit: sie läßt alle Merkmale der parlamentarischen Korruption, des inneren und äußeren Verfalls, das mit diesem System für Deutschland verknüpft ist.

Das ist dem ersten bis zum letzten Wort schlimme Paraphrasen. Mit der Einführung des demokratischen Parlamentarismus haben die Angelegenheiten des Herrn Erzberger nicht das allergeringste zu schaffen. Die Geschäfte, die er mit seiner politischen Stellung sich vereinbar hielt,

## Solidaritätskundgebungen der Arbeiter-Organisationen.

Paris, 29. Februar.

Der allgemeine Arbeiterverband (C. G. T.) erklärt in einer Kundgebung, die jetzt in Frankreich geschaffene Lage sei zurückzuführen auf die Haltung der großen Eisenbahngesellschaften und der Regierung. Die gewerkschaftliche Organisation der Eisenbahner solle durch den Konflikt in Mitleidenschaft gezogen werden. Deshalb sei der C. G. T. ihre Haltung vorgeschrieben und sie verleihe die Vereinigung der Eisenbahner ihrer wahren Unterstützung in ihrem Kampf.

Auch die Vereinigung der Gewerkschaften des Senatsparlamentes erklärt einen Aufruf, in dem sie alle Arbeiter von Paris auffordert, die Eisenbahnergewerkschaften zu unterstützen.

Das Komitee der Arbeiter der Transportgesellschaften, das die Gewerkschaften der Angestellten der Untergrundbahn, der Straßenbahn und der Automobilmotoren vertritt und zu dem auch die Aufsicht und Chauffeure gehören, hat beschlossen, die Streikbewegung der Eisenbahner zu unterstützen und sich jeder Requisition aus Mobilisierung zu widersetzen.

Nach dem „Matin“ hat das Pariser Komitee der Angestellten von Post, Telegraph und Telephon gestern Abend die angeschlossenen Mitglieder ersucht, sich nicht mit den Streikenden in Widerspruch zu setzen und sich bereit zu halten, die etwa notwendig werdende Solidarität zu üben.

Die internationalen Schnellzüge von Deutschland sind heute vormittag ohne nennenswerte Verspätung in Paris eingetroffen.

## Ministerreden, Haftbefehle und Mobilisierungsbefehle.

Paris, 29. Februar.

Ministerpräsident Millerand hat heute vormittag Pressevertretern erklärt, daß auf den Linien der Eisenbahngesellschaft P. L. M. sich mit Ausnahme von Lyon eine Entspannung bemerkbar mache. Auf der Ostbahn seien alle größeren Züge abgefahren. Auf der Nordbahn sei die Lage eine normale, mit Ausnahme einer gewissen Streikwelle, die sich in Amiens zeige. Von den Südbahnen sei nichts besonderes zu melden, mit Ausnahme von Bordeaux, wo sich eine Auslandsbewegung zeige. Auf den Orléans- und Staatsbahnen hielten der Ferndienst sichergestellt werden können. Im allgemeinen könne man sagen, daß 24 Stunden nach der Auslandsverklärung nur eine teilweise Einstellung des Betriebes zu verzeichnen sei. Der Ministerpräsident machte ferner noch darauf aufmerksam, daß der gegenwärtige Eisenbahnerstreik nichts mit wirtschaftlichen Forderungen zu tun habe, die erst nach dem ausgebrochenen Konflikt gestellt werden seien. Der Streik habe auch nichts mit der Frage zu tun, ob ein neues Verwaltungssystem der Eisenbahnen in die Erscheinung treten solle. Freiwillige Helfer hätten sich der Regierung in großer Zahl zur Verfügung gestellt. Millerand erklärte zum Schluß noch auf eine Anfrage, daß tatsächlich einige Haftbefehle ergangen seien.

Die Regierung überreichte veröffentlicht eine Erklärung, in der sie die Ursache des Konfliktes auseinandersetzt.

Wie „Leit Parisien“ meldet, wird die Regierung alle Maß-

nahmen ergreifen, die das Gesetz ihr an die Hand gibt, um den Folgen der Krise zu begegnen. Das Blatt glaubt, daß deshalb die Mobilisierungsbefehle für drei Klassen der Eisenbahner des P. L. M.-Gesellschaft gegeben wurde. Der Gewerkschaftsführer Ribot habe seine Kameraden aufgefordert, der Mobilisierungsbefehl nicht Folge zu geben. Aus diesem Grunde sei gestern Abend vom Ministerrat beschlossen worden, daß das Gesetz eingeschritten hätte.

Paris, 29. Februar.

Die Staatsanwaltschaft hat die Möglichkeit der gerichtlichen Verfolgung der Streikführer wegen der Erteilung des Befehls zum Generalstreik geprüft. Die Angestellten der Ostbahn haben gestern nachmittags die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

## Streikwirkungen.

Paris, 29. Februar.

Infolge des Eisenbahnerstreiks sind eine Anzahl Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden. Ab 1. März werden im großen und ganzen alle Einschränkungen aus der Kriegszeit wieder provisorisch in Kraft treten. So wird Kohle nur denjenigen bewilligt werden, die keine andere Heizmöglichkeit haben. Die Cafés, Restaurants und Hotels müssen um 10 Uhr schließen, die Theater, Konzerthallen und kinematographischen Theater um 11 Uhr.

## Die Sammlung des Bürgerturns.

Paris, 29. Februar.

„Temps“ sagt zum Eisenbahnerstreik, man könne nicht sehr schwer den Ernst dieser Krise übertreiben. Ohne sichergestellt Transport sei das wirtschaftliche Leben eines Landes mit Stillstand bedroht. Er gibt Ministerpräsident Millerand recht, wenn er von einer revolutionären Bewegung spreche. Aber diese Bewegung habe keine Beziehung zu dem großen Emanzipationsakt, der die französische Revolution gewesen sei, die angeführt wurde im Namen der Menschenrechte und im Namen der Bürgerrechte zum Nutzen der gesamten Nation. Wenn die Herrschaft einer Klasse sich behaupten könne, dann werde die Welt von dem französischen Gedanken abdrücken. Diese Reaktion, die sowohl politisch wie ökonomisch unsocial sei, dürfe nicht siegen über die Kräfte der Freiheit und des Fortschritts. Alle mühten sich um die Regierung zu scharren, und jeder müsse begreifen, daß es für das Schicksal des Landes verantwortlich sei.

Der Streik der französischen Eisenbahner scheint sich zu einer Bewegung zu entwickeln, die nicht ohne politische Wirkungen bleiben dürfte. Das Verhalten der Regierungsparteien läßt das deutlich erkennen. Die Staatsanwaltschaft ist auf dem Posten, Mobilisierungsbefehle erlassen, Millerand redet und Haftbefehle werden erlassen. „Temps“ betreibt die Sammlung der Bourgeoisie im Namen der Menschenrechte, der großen Worte der großen französischen Revolution. Ein Bild, das neben manchem anderen zeigt, daß die Bourgeoisie in Frankreich die revolutionären Traditionen auf ihre besondere Art pflegt. Es ist zu hoffen, daß sich die französische Arbeiterklasse einmütig hinter die Eisenbahner stellt.

Hätte es nicht bequemer. Seine Beziehungen haben ihm andere Mittel in die Hand. Er stand den Personen an der Spitze der Maschine von Hause aus näher, und auf dem Vordrängen in der Heimat, im Gardesalino am Pariser Platz oder auch bei Hofe ließ sich mancherlei erledigen, was anderen minderbegünstigten Persönlichkeiten unter Umständen lästige Wege und unbequeme Konferenzen kostete. Die Korruption hat also nicht erst mit dem Parlamentarismus in Deutschland ihren Einzug gehalten, sie war lange vorher da und beschränkte sich wahrhaftig nicht auf die demokratischen Regierungen verdächtigen Kreise.

Sie besaß vielfach auch andere Formen als diejenigen, die in den letzten Wochen zur Sprache gekommen sind. Es waren nicht nur Parlamentarier, die sich mehr oder weniger bekümmert interessiert, für ihre Freunde bemühten und es waren auch nicht immer wirtschaftliche Vorteile, die irgendwelchen Billstellern angewendet wurden. Man erinnere sich nur an die Art, wie vielfach Kommerzienratsväter verliehen und Orden vergeben wurden. Das kostete Geld, und die Geld kostete nicht immer restlos in die Kasse der Mobilisier-

halten zumeist in eine Zeit, in der vom demokratischen Parlamentarismus nicht die Rede sein konnte, in der im Gegenteil die Volkvertretung neben dem Monarchen und der Bureaokratie so gut wie einflusslos war. Man könnte sogar behaupten, daß die untergeordnete politische Rolle, die das Parlament als solches spielte, geeignet war, seine einzelnen Mitglieder zu einem Mißbrauch ihrer Stellung und ihres Einflusses zu verleiten. Je geringer die Möglichkeiten der öffentlichen Kontrolle waren, um so größer die Gefahr, daß die Abgeordneten auf Hintertreppen Forderungen durchzusetzen suchten, an deren Erfüllung sie nicht nur ein ideales Interesse hatten, und Graf Westarp wird doch wohl nicht lähn genug sein, die Behauptung aufstellen zu wollen, daß es nur Herr Erzberger und seine damaligen und heutigen Freunde gewesen sind, die sich solcher Methoden bedienten.

Für die ihm nahestehenden Politiker lagen die Dinge freilich etwas einfacher. So ein Konservativer brauchte sich, wenn er für sich selbst oder seine Sippe einen Vorteil erlangen wollte, nicht in die Ministerkette zu gemäßen, Er



Stiftungen, für die es bestimmt war. Sollen wir dem Grafen Westarp Beweise bringen? Wir sind gern bereit, sein Gedächtnis in dieser Beziehung aufzutreiben. Er wird dann zugeben müssen, daß die Korruption in Angelegenheiten, die den Staat betreffen, nicht eine Erfindung der neuesten Zeit ist, sondern daß sie üppig gewuchert hat unter einem Regime, dessen Rückkehr er erlirht.

Nun wird man vielleicht die Knopfloch- und Titelkammer einzelner streckbarer Mißbräuter nicht politisch bewerten wollen und den Hauptton darauf legen, daß bei Erzberger eben das Geschäft mit der Politik verknüpft worden sei. Darüber, ob das sonst nirgendwo gekelchert ist, könnte niemand bessere Auskunft geben, als Herr Helfferich, der große Moralist. Was haben denn die ihm verwandten Bank- und Industriekreise anderes getrieben? Ob sie sich eines Parlamentarismus bedienten, um die Höfen zu knüpfen, ist für die Beurteilung der Sache vollkommen gleichgültig. Der ganze Imperialismus war getragen und gefördert durch das Bankkapital. Zu dessen Vorteil wurde eine Politik eingeschaltet, deren verhängnisvolle Folgen jetzt die Masse des deutschen Volkes zu tragen hat. Hier gelangte die Verquickung von Geschäft und Politik zu ihrer höchsten Blüte.

Und was war der Krieg für die Schwerindustrie anders als ein Riesengeschäft? Sie hat dem Reichstag jenes trivialen Engländer's entsprechend soweit als möglich, Geld auf ehrlichem Wege gemacht, aber die Forderung der Ehrlichkeit stand in zweiter Linie, in erster, die des Geldmachens. Wenn wir recht unterrichtet sind, werden zur Zeit in den Ministerien Nachprüfungen über die Rechnungen und das Geschäftsgeschäft der Seereslieferanten veranstaltet, und wir verraten kein Geheimnis mit der Feststellung, daß die Untersuchungen schon bis jetzt gewaltige Budererwinne und höchst bedenkliche geschäftliche Verwicklungen zum Auslande ergeben haben.

Die Steuerpolitik des Herrn Helfferich aber, des entrüsteten Anklägers von heute, hat diese unaufrichtigen Praktiken unterstützt. Indem sie darauf verzichtete, den Krieg durch die Erhebungen durchgreifender direkter Steuern zu finanzieren, und die Gewinne, die die Ausbeuter aus dem Blut und aus dem Elend des Volkes zogen, einzuziehen, bezeicherte sie die Nutznießer des Patriotismus auf Kosten der Gesamtheit. Der Antiehebeschwinder schätzte diejenigen die die meisten Abgaben zu leisten gehabt hätten, und je ungehörter er sie in dem Bezug ihrer Profite ließ, um so eifriger lebten sich die Dankbaren für die Fortführung der verhängnisvollen Kriegspolitik ein. Das Erzberger diesem Kreise mit seiner Friedensresolution in den Weg trat, und daß er dann als Finanzminister nachzuholen suchte, was sein Vorgänger versäumt hatte, ist der eigentliche Grund für den konzentrischen Angriff, der jetzt gegen ihn unternommen wird, und wir dürfen überzeugt sein, daß Herr Helfferich seinen Kampf nicht auf eigene Rechnung führt. Die Leute, die um die Vorteile der Korruption des alten Systems betrogen zu werden fürchten, stürzen sich auf die angebliche Korruption des Parlamentarismus und das Bodenerlöblich ist nur, daß ihnen einer gegenübersteht, der durch die Fesseln der eigenen Vergangenheit daran gebunden ist, seinen verlogenen Widersachern die Waffe aus der Hand zu schlagen.

## Die Friedensmöglichkeiten von 1917.

Reichsmann Hollweg veröffentlicht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Beitrag über die Friedensmöglichkeiten im Frühjahr 1917, die jetzt durch den Erzberger-Prozess wieder in den Vordergrund gerückt sind. Danach kamen der deutschen Regierung im April und Mai von französischer und belgischer Seite Andeutungen zu, die die Vereinbarkeit der Friedensbedingungen erkennen ließen. Die Höfen sollen von beiden Seiten bis in den Herbst hinein weitergesponnen sein.

Das damalige Reichskanzlers Kuffassung ging dahin, daß die allgemeine Lage der Ententestaaten, die hauptsächlich unter dem Eindruck der russischen Revolution und der nicht zu verkennenden Wirkung des U-Boot-Krieges stand, die Gegner einem Frieden der Verständigung geneigt mache. Auf der anderen Seite verlor er auch nicht die Schwierigkeiten Deutschlands. Die Ausübung unserer gesamten Kriegsvorbereitungen an Menschen und Material schritt unaufhaltsam fort. Die Einsicht, daß der U-Boot-Krieg England nicht auf die Knie zwingen werde, drang auch in diejenigen Volkskreise, die sich solchem Glauben hingegen hatten. Der steigende Druck der Modade beeinflusste die Stimmung.

In dieser Situation sah Reichsmann, wie er sagt, nicht nur die Möglichkeit, zu Verhandlungen zu kommen, sondern auch den Zwang, diese Möglichkeit entschlossen auszunutzen. Unsere Friedensbedingungen mußten sich in Grenzen halten, deren Annahme vernünftigerweise von der Entente erwartet werden durfte. Klarer Verzicht in der belgischen Frage war selbstverständlich unerlässliche Vorbedingung. Ebenso zweifellos war mir, daß absolute Intransigenz bezüglich der französischen Teile Elsaß-Lothringens jede Verhandlungsmöglichkeit von vornherein ausschließen würde. Wie ich mich schon ein Jahr früher veranschaulicht hatte, war der Kaiser grundsätzlich bereit, diesen Weg zu betreten, wenn er zum Frieden zu führen versprach.

In diese Zeit fiel nun auch der Vermittlungsversuch des Papstes. Der Kardinal Pacelli kam nach Berlin und reiste von da ins Hauptquartier. Ihm ist nach der jetzigen Veröffentlichung vom Kanzler und dem Kaiser die Bereitwilligkeit Deutschlands zu Verhandlungen auf der eben erwähnten Basis ausgesprochen worden. Der Kaiser soll dabei den Kardinal noch ausdrücklich auf die Friedensbemühungen der internationalen Sozialdemokratie aufmerksam gemacht haben. Die Sozialdemokratie habe die Bedeutung der Friedenspropaganda richtig erkannt und habe als erste den Mut gehabt, sich mit ihrer Organisation in den Dienst des Friedens zu stellen. Das werde, soll Wilhelm II. erklärt haben, ein dauerndes Verdienst der Sozialdemokratie bleiben, und wenn man nicht wolle und es für verhängnisvoll ansehe, daß ihr allein dieses Verdienst zukomme, so müsse die katholische Kirche die Gelegenheit ergreifen, die ihr durch die Verhältnisse geboten werde. Im Interesse der katholischen Kirche läge es — das müsse er auch als protestantischer Fürst anerkennen —, daß der Friede, oder vielmehr die Möglichkeit, ernsthaft über den Frieden zu reden, nicht durch die Sozialdemokratie, sondern durch den Papst herbeigeführt werde.

Reichsmann schließt elegisch: „Das war der Verlauf, den die Sendung des Kardinals genommen hat. Wenige Tage darauf wurde ich zum Rücktritt genötigt. Auf die weitere Entwicklung der Dinge habe ich deshalb keinen Einfluß mehr gehabt.“ **Propheten den Zeiten sieht man, daß er überzeugt ist, den Frieden**

damals habe herbeiführen zu können, wenn er im Knie geblieben wäre.

Ob diese gute Meinung, die der ehemalige Kanzler von sich selber hat, berechtigt ist, möchten wir bezweifeln. Die Haltung, die er in der kritischen Zeit vor der Entseignung des rüchschlichen U-Boot-Krieges eingenommen hat, macht es uns außerordentlich unwahrscheinlich, daß er im Sommer 1917 die nötige Entschlossenheit aufgebracht hätte, um sich mit seinen Verhandlungswünschen gegen den auch zu jener Zeit noch sehr starken Widerstand durchzusetzen. Er beruft sich heute darauf, daß im Sommer 1917 auch optimistischere Volkskreise nicht mehr an die Niederzwingung Englands geglaubt hätten, aber noch im August des Jahres hat Herr Helfferich in einem Interview seiner festen Überzeugung von Deutschlands U-Boot-Sieg Ausdruck gegeben, und Helfferich war das Mundstück der Militärkluge. Die Hoffte noch oder gab sich den Anschein, zu hoffen, und Wehmann war nicht der Mann, sich gegen sie durchzusetzen. Vielleicht war seine Verabschiedung ein Glück für ihn. Sie ersparte ihm weitere Blamagen.

Im übrigen müssen wir das endgültige Urteil über die Friedensmöglichkeiten von 1917 noch hinausschieben. Das Thema steht ja auch auf der Tagesordnung des 2. parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der sich freilich noch nicht wieder von dem Kräfteverlust erholt hat, den ihm Mitte Oktober die Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs beibrachte.

## Die Wiedereröffnung der Eisenbahnwerke.

### Herr Dezer renommiert.

Bisher ließ es nur die bei der Schließung der Eisenbahnwerkstätten vorgenommenen Entlassungen seien ausschließlich nach sachlichen Gesichtspunkten erfolgt. Unsere Mitteilungen über die Massenentlassungen von Funktionären weiterer Partei und des Deutschen Eisenbahnverbandes, die das Gegenteil beweisen, sind entweder mit Stillschweigen übergangen oder durch offizielle Ausreden — nicht widerlegt worden. Nun gibt Herr Dezer die Notiz der Entlassungen zu. Einem Mitarbeiter der „Berliner Volkszeitung“ hat er eine Menge über die Wiedereröffnung der Werkstätten erzählt. Es heißt in dem Artikel des liberalen Blattes:

Nach den bisher vorliegenden Berichten sind die führenden Elemente in die Werkstätten nicht wieder hineingekommen. Die jetzt dort tätige Arbeiterkraft macht den Eindruck, daß sie auf den ruhigen Verlauf der Arbeitslosigkeit Wert legt und mit der Neuordnung zufrieden ist. Ueber ihre Wirkung auf die Arbeitsleistung läßt sich noch kein auf Zahlen gestütztes Vergleichsbild geben. Eine gewaltige Steigerung des Arbeitsergebnisses sieht aber schon jetzt zweifellos fest. Ein Beweis ist die Tatsache, daß in den letzten Tagen auf Grund des Friedensvertrages 400 bis 500 Lokomotiven an die früheren Gegner ausgeliefert werden konnten. Trotzdem ist aber die Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven nicht gesunken. Das ist ein zuverlässiges, augenfälliges Zeichen dafür, daß die Arbeit in den Betriebswerkstätten, trotz der verminderten Arbeiterzahl, erheblich flotter verlaufen sein muß als früher.

Als die „führenden Elemente“ sind entnommen. Herr Dezer ist glücklich, denn darauf kam es ja nur an. Daß die Behauptung von der gesteigerten Arbeitsleistung über die Renommiererei ist so klar, daß wir erstaunt sind, daß ein ernsthaftes Blatt so etwas wiedergibt. Wenn überhaupt auf solche Art eine Steigerung der Leistungen bewirkt werden kann, so doch nur ganz allmählich. Besonders verfehlt die Fabel von den 400 bis 500 abgelieferten Maschinen gegen die einfachsten Ansprüche eines gesunden Menschenverstandes. Wie können Werkstätten plötzlich ihre Leistungen so gewaltig emporheben, nachdem sie eben erst auf Anordnung der Behörden wochenlang stillgelegt haben! Herr Dezer aber scheint zu glauben, daß er der deutschen Öffentlichkeit alles zumuten kann. Und er findet auch dafür eine Presse.

## Bange Stimmung.

Die Groß-Berliner Bezirksorganisation der Rechtssozialisten hielt gestern einen außerordentlichen Verbandstag ab, zu dem sich auch eine Anzahl ministerieller Würdenträger eingefunden hatten. Zunächst hielt Herr Franz Krüger einen Vortrag über die kommenden Wahlen. Er sprach heftig gegen die Reaktion und warf den Gegnern Erzbergers vor, daß sie nicht befugt seien, als Ankläger gegen ihn aufzutreten. Dabei habe Erzberger nichts anderes gemacht, als was S. D. Helfferich, Unterstaatssekretär Richter und der Edle v. Braun, die nach ihrem Ausscheiden aus den Staatsämtern gut bezahlte Stellungen erhielten, getan hätten. Das Hauptziel seiner Rede war eine oppositionelle Weste gegen die Bemühung, den Hohenzollern die bekannte ungeheureliche Bindung zuzuschreiben. Diese Frage dürfe nicht vom juristischen, sondern vom politischen Gesichtspunkt aus betrachtet werden. Diese Vorlage dürfe nicht Gesetz werden, da sie nicht einen Funken von Verständnis für das Volksempfinden zeige. Allerdings dürfe sie auch nicht gegen die rechtssozialistischen Stimmen angenommen werden. Wenn jetzt das Gerücht bestände, daß Südekum die Vorlage mit den bürgerlichen Parteien gegen die Rechtssozialisten durchzubringen beabsichtige, so solle man doch nicht glauben, daß Südekum so dumm wäre. Denn eine solche Handlungswiese würde ihn nicht nur als Minister, sondern auch als Parteigenossen erledigen. Wenn die geplante Abfindung der Hohenzollern Gesetz würde, dann könnten die rechtssozialistischen Minister nicht länger in der Regierung bleiben.

In der Diskussion meinte Herr Haenisch, es sei unmöglich, in einer Koalitionspolitik sozialdemokratische Politik zu treiben. Trotzdem müßten die rechtssozialistischen Minister im Interesse des Volkes in der Regierung bleiben, denn sonst würde entweder eine Diktatur der äußersten Rechten oder der äußersten Linken kommen. Die Vorwürfe gegen Südekum in der Abfindungsfrage müßte er entschieden zurückweisen. — Die Elternberät seien eine gute Waffe. Saub der Parteigenossen sei es, wenn die Rechtssozialisten diese Waffe nicht so zu benutzen verstände, wie die Bürgerlichen und die Unabhängigen. Für die kommenden Wahlen sei zu Optimismus kein Grund vorhanden. Nur der sei verloren, der sich selbst verloren gebe. Eduard Bernheim wandte sich gegen den Antrag, Mitglieder der S. D., die gleichzeitig Mitglieds der in Regensburg neu gegründeten Partei seien, auszuscheiden. Man solle sich nicht dazu verstehen lassen, vor Rußland zu kriechen (!) Der Redner kam dann auch auf die Schuld am Kriege zu sprechen. Es werde sehr felt, daß der Krieg von der österreichisch-deutschen Regierung den anderen Ländern aufgezogen wurde. Die französische Regierung habe den Krieg nicht gewollt. (Widerpruch.) Jede der Sozialdemokratie sei es, unsere Schuld festzustellen. (Rehaffer Widerpruch und Unruhe.) Schon in den Jahren 1908 und 1911 habe Deutschland Frankreich provoziert. Reichsernährungsminister Schmidt führte aus, daß alle politischen Rechte heute nicht das Volk beschließen könnten. Im Vordergrund stünde das Eisen, das Blut, unser Herrschafts-

leben fränke in erster Linie an dem Rande in der Notwendigkeit. In einer Vereinstimmung könne nichts geändert werden, solange die Solats weiter sinte. Für die Wahlen sprach Schmidt die Hoffnung aus, daß sie den Rechtssozialisten die notwendigste Anhängerschaft zur Befriedung des republikanischen Deutschlands bringen werden.

Ein Antrag des Bezirksvorstandes die Beiträge zu erhöhen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es gelangte weiter eine Entschließung zur Annahme, die gegen die der preussischen Landesversammlung zugegangene Vorlage über die Abfindung des ehemaligen Königs von Preußen protestierte. Die Ueberrahme auch nur einer indirekten Verantwortung für die Vorlage, falls sie gegen die rechtssozialistischen Stimmen von den bürgerlichen Parteien beschlossen werden sollte, sei völlig unmöglich und in diesem Falle das Ausscheiden der Rechtssozialisten aus der preussischen Regierung die selbstverständliche Konsequenz. Der Antrag, der sich gegen die Neugründung in Regensburg richtete, und Beteiligung daran mit dem Ausschluß aus der S. D. bedroht, wurde ebenfalls angenommen. Ebenso ein Antrag auf Einführung der Blomwirtschaft. Ueber einen Antrag Lehndorff: „Protest gegen den Ausbruch des Marisch-Prozesses, Stellung der Schuldigen vor ein Volksgericht und Erklärung, daß Genosse Koste nicht mehr das Vertrauen der Parteigenossen besitze“ wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Herr Koste besitzt also noch immer das trübseligste Vertrauen seiner Parteigenossen. Das charakterisiert diese Partei ebenso, wie die andere Tatsache, daß sich auf dieser Tagung nicht eine Stimme des Protestes gegen den Verlagerungszustand, gegen die Schughalt, gegen die Anhebung der oppositionellen Preise, gegen die Drohungen mit Standrecht und Todesstrafe, gegen alle die anderen Unzulänglichkeiten des jetzigen Regimes erhoben hat.

Aber in der Abfindungsfrage sind die Herren plötzlich sofor geworden. Schon vor Monaten hatte die „Freiheit“ gegen die beabsichtigte Verschleuderung zahlloser Millionen an die Hohenzollern Protest erhoben. Damals wurde alles abgelehnt. In den Reihen der tagierenden und der reiterten Rechtssozialisten blieb alles stumm. Jetzt wird diese Einzelfrage plötzlich in den Mittelpunkt der rechtssozialistischen Politik gerückt. Nachdem die Parteipartei alle sozialistischen Grundfälle verraten hat, will sie wegen des Abfindungsstandes in die Opposition gehen. Kein Mensch wird dieses Wandert ernst nehmen, und wir sind sicher, daß die Herren Minister wegen der Entrüstungsresolution vorläufig weder schlechter fröhlicher noch unruhiger schlafen werden.

Es muß doch aber eine Wahlparole gefunden werden! Auf allen Reden klang eine recht bange Stimmung heraus. Man fürchtet die Abrechnung, man weiß, daß die Stunde naht, in der die werltliche Verödigung der Parteipartei die Rechnung für die begangenen Taten präsen'tieren wird. So sehr die Haenisch und Schmidt auch vor Pessimismus waren, sie wissen im Grunde, daß die Tage ihrer Partei zu Ende gehen, und daß ihre Wahlmaschine ebensowenig wie ihre verlagene Wahlparole an dem Ergebnis nicht viel zu ändern vermögen.

Judenlich verhaftet. Der ehemalige Oberbefehlshaber der rumänischen Weissen Armee wurde mit zwei anderen Generälen auf Veranlassung der englischen Mission in Riga verhaftet.

Das Verlaufen von türkischen Schiffen ist den deutschen Schiffen durch Beschluß der Pariser Vorkonferenz untersagt worden.

Die Untersuchungskommission für Rußland wird vom Rat des Völkerbundes am 12. März bestimmt werden.

250 000 Kriegsgefangene zurückgeführt. Wie die Reichsstelle für Kriegs- und Zivilgefangene mitteilt, sind bis zum heutigen Tage 250 000 Kriegsgefangene aus Frankreich und Belgien in die Heimat zurückgeführt. Die Transporte laufen fortgesetzt weiter und vollziehen sich ohne irgendwelche Störungen. Wenn dasselbe Tempo beibehalten wird, so dürften mit Ablauf der nächsten sechs Wochen sämtliche Gefangene der Heimat wiedergegeben sein.

Die Stadt Wien hat nach dem vorläufigen Ergebnis der jüngsten Volkszählung insgesamt 1 833 708 Einwohner, also ungefähr 200 000 weniger als 1910.

## Betriebsräte.

### Die rechtssozialistischen Metallarbeiter zu den Wahlen.

Die S. D.-Metallarbeiter in Berlin haben seit dem Stuttharder Verbandstag die übliche Praxis, in eigenen Versammlungen zu allen Fragen Stellung zu nehmen die den Verband angehen. So fand am Freitagabend auch eine Versammlung dieser Gruppe statt, die sich mit den Betriebsratswahlen beschäftigte. Demobrod referierte und Cohen war in der Diskussion. Es kam folgende Resolution zustande:

„Die S. D.-Metallarbeiter stehen grundsätzlich zu dem Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 24. Februar 1920. — Wenn unsere Mitgenossen wollen wir aussprechen, wenn die Gewähr geboten wird, daß wir die entsprechende Anzahl von unseren Kollegen auf die gemeinsame Liste bekommen. Da diese Gewähr zur Zeit noch nicht gegeben ist, werden die S. D.-Kollegen ihre vorbereitenden Arbeiten in der Weise fortsetzen, daß eigene Listen bereitgehalten werden, die, wenn keine Verständigung über gemeinsame Listen erfolgen sollte, sofort aufgestellt werden.“

Erläuternd sagten die Redner, da die Situation „noch nicht geklärt“ sei, wolle man einwirken so handeln, als wenn man mit eigenen Listen in die Wahl eintreten würde. Erst wenn Garantien dafür geboten seien, daß der politischen Ueberzeugung der Anhänger Cobens „kein Zwang angetan“ wird, könne man sich zu einem gemeinsamen Vorgehen mit der „anderen Richtung“ verstehen.

Wir möchten — mit Erlaubnis — bemerken, daß wir das ein wenig merkwürdig finden. Unterordnung unter den Willen der Rechten nennt man hier „der Ueberzeugung Zwang antun“. Wahregelungen gungter Basisstellen oder findet man ordnungsmäßig, wenn sie, wie im Bauarbeiterverband, von den Gewerkschaftsräten der Coben und Walschid gegen die „andere Richtung“ geübt werden. Sonst heißt es doch immer, daß die Disziplin die Unterordnung unter den Willen der Rechten erfordert.

Im übrigen ist diese Haltung der Anhänger Cobens zu den Wahlen symbolisch für die gesamte Tätigkeit dieser Gruppe. Ihr Verhalten ist in jeder Beziehung so eingerichtet, daß ein selbständiges Vorgehen gegen den Willen der Verbände mehrheitlich jederzeit möglich ist. Der Gewerkschaftsbund aber ist blind und taub!

### Kommunale Arbeiterräte von Groß-Berlin der Kreise Niederbarnim und Teltow

Die Obleute werden ersucht, die jetzt gedruckt vorliegenden Richtlinien über die Tätigkeit der kommunalen Arbeiterräte sofort in unserem Bureau, Künigstr. 24, in der Zeit von 9 bis 11 Uhr abzuholen.

Auf Grund dieser in einer früheren Versammlung angenommenen Richtlinien sind die kommunalen Arbeiterräte nunmehr verpflichtet, sich zu konstituieren.

Kommunales Komitee der Gewerkschaften der Betriebsräte







